

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 74

Laasphe, Dienstag den 22. Juli 1919

44. Jahrgang

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag
und Samstag und kostet vierteljährlich
in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 2.50.
Bringerlohn monatlich 10 Pf. Durch die
Post bezogen Mk. 2.55 ohne Bestellgebühr.
— Fernsprecher Nr. 79 —

Bei Anzeigen wird die einmalige
Zeile oder deren Raum mit 30 Pf.
berechnet. Reklamezeile 70 Pf. Bei
Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89
— Postcheckkonto Köln 404 49 —

Ämtliches.

Anordnung über Höchstpreise von Milch und Butter.

Auf Grund des § 9 der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 (Reichsgesetzbl. S. 1005) in Verbindung mit der Ausführungsanweisung des Staatskommissars für Volksernährung vom 18. Nov. 1917 und der Rundverfügung der Landesstelle vom 25. Juli 1918 — III. a. 1056 — wie auch auf Grund der §§ 3 ff. der Verordnung über die Preise von Butter vom 25. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 731) und der Ausführungsanweisung vom 19. September 1917 wird zur Regelung der Milch- und Butterpreise in der Provinz Westfalen folgendes bestimmt:

§ 1. Meine Anordnung über Höchstpreise für Milch und Butter vom 24. Juni 1919 wird bis auf Weiteres außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig treten meine bisherigen Anordnungen über Milch- und Butterpreise vom 22. Oktober 1918 und über Höchstpreise für Butter vom 9. September 1918 mit den Änderungen, die sich aus meinen Anordnungen vom 19. April 1919 ergeben, bis auf Weiteres wieder in Kraft.

§ 2. Diese Anordnung gilt vom Tage ihrer Veröffentlichung an. Münster, den 8. Juli 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
gez. Dr. Würmeling.

Bielefeld, den 18. Juli 1919.

Der Landrat. J. B.: Hornung, Kreisdeputierter.

Saatgut.

Wiederholte Rückfragen geben zu folgender Notiz Veranlassung:
Nach Schluß des Saatgutverkehrs sind die Abschnitte A der befreiten Saatarten an die Reichsgüterstelle Abteilung Saatgutverkehr in Berlin und die Abschnitte B und C an den Kommunalverband unter Einschieben zurückzugeben. Nicht befreite Saatarten müssen an den Kommunalverband zurückgegeben werden. Wenn Saatarten verloren gegangen sind, ist dieses unter Angabe der Stück- und Seitzahl dem Kommunalverband bis zum 25. ds. Mts. mitzuteilen.

Bielefeld, den 18. Juli 1919.

Der Landrat. J. B.: Hornung, Kreisdeputierter.

Bekanntmachung.

Der Verband Westfälischer Holzwirtschaftler hat 10 gute 1/2-jährige rote offenfriesische Bullen angekauft, die demnächst in Arnberg auf dem Gute Wintrop an die Holzwirtschaftler versteigert werden sollen. Da die Einfuhrgenehmigung noch nicht erteilt ist, kann der Tag der Versteigerung noch nicht mitgeteilt werden, wahrscheinlich wird sie in der letzten Juliwoche erfolgen können. Es wird daran erinnert, daß die Einzugsrichter, die beabsichtigen, auf der genannten Versteigerung Bullen zu kaufen, sich rechtzeitig die Einfuhrgenehmigung von ihrem Kommunalverbande beschaffen.

Bielefeld, den 19. Juli 1919.

Der Vorstand des landw. Kreisvereins.

Harte Prüfung.

Kriminal-Roman von Max Hoffmann.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Manche folgten sogar dem langsam sich entfernenden Wagen, als wenn das Rätsel eine magische Anziehungskraft auf sie hätte.

„Ich war sehr ernst, als er wieder ins Zimmer trat. Ich fühlte mich todmüde“, gestand er, „und werde doch wahrscheinlich jetzt keine Ruhe finden. Ich bedarf aber dringend der Sammlung nach dieser ungeheuren Aufregung, die mich mehr angegriffen hat, als es den Anschein hat, liebe Felicia.“ „O, ich kann das sehr wohl verstehen“, versetzte sie weich. „Und ich halte es deshalb auch für das Beste, daß Du dich recht bald nach einem stillgelegten Hotel begibst, wo Du ungestört bist. Ich sehe, mein Zygometer hält noch drüben. Ich fahre sofort nach meiner Pension, um still auf meinem Zimmer zu bleiben. Über morgen vormittag erwarte ich Dich bestimmt!“

Früh war damit einverstanden und atmete erleichtert auf, als er sich endlich auf den Divan hingestreckt, allein seinen Gedanken überlassen konnte. An wirkliche Ruhe war nicht zu denken. Sein Puls ging wie im Fieber, und wirre Bilder rasten in sinnlosem Wechsel durch sein Gehirn. Dazu kam noch das dumpfe Gemurmel der Männer, die erschienen waren, um im unteren Zimmer nach den ziemlich laut erteilten Anordnungen des Dienstmädchens ihre Reinigungsarbeit zu vollziehen. Er versank in eine Art Dämmerungszustand, in dem er wie in Nebelschleiern sein früheres Leben in diesem Hause vor seinem geistigen Auge vorüberziehen sah.

Er war der einzige Sohn und besuchte das Realgymnasium des Ortes. Seine Mutter, die bald nach seiner Geburt gestorben war, hatte er nie gekannt. Sein Vater hatte es bei seinen glänzenden Gaben gewiß zu einer sehr hohen Staatsstellung gebracht, wenn er nicht ein Sonderling gewesen wäre und sich von allem Verkehr abgeschnitten hätte. Seine ämtliche Tätigkeit übte er fast widerwillig aus und widmete seine ganze freie Zeit geschäftlichen Lieblingsstudien. Um seinen Sohn bestmöglich zu erziehen, ließ er sich nicht viel. So wuchs Frig unbehindert durch irgendwelche väterlichen Erziehungsversuche frei wie ein Vogel auf, kein Musterkinder, eher das Gegenteil, aber gesund an Leib und Seele. Als er jedoch in der Se-

Die Ausführung des Vertrages.

Eine ämtliche Stelle für den Wiederaufbau.

Beim Auswärtigen Amt ist eine besondere Stelle für die Ausführung der Friedensbedingungen eingerichtet worden, mit deren Leitung der Ministerialdirektor von Simson betraut wurde. Mit der Schaffung dieser neuen Stelle ist die Tätigkeit der bisherigen „Friedenskommission“, die unter der Leitung des Botschafters Grafen Bernstorff stand, beendet. Die neue Stelle wird zwei Unterabteilungen haben, eine für den eigentlichen Wiederaufbau, die andere für die finanziellen Fragen. Sie wird sich zunächst mit den Arbeiten für den im Friedensvertrag vorgesehenen Wiederaufbau Nordfrankreichs zu beschäftigen haben. Unter Leitung dieser Friedensstelle werden die technischen Arbeiten vom Reichswirtschaftsministerium bearbeitet werden, und zwar handelt es sich in der nächsten Zeit lediglich um Aufräumungsarbeiten, für die die deutsche Regierung sich verpflichtet hat, baldmöglichst eine größere Zahl von Arbeitern zu stellen; gelehrte Facharbeiter werden erst, wenn die Anlagepläne für den Wiederaufbau in Angriff genommen werden, gebraucht. Die deutsche Friedensstelle wird vor allen Dingen in nächster Zeit genau die Lebensbedingungen für die Arbeiter in Frankreich prüfen. Die Gesamtzahl der benötigten Arbeitskräfte erreicht kaum 150 000, wovon ein Teil von Frankreich gestellt wird, so daß man annimmt, daß höchsten 120 000 deutsche Arbeiter für diesen Zweck gebraucht werden.

Die Verteilung der Beute.

Die Entente-Kommission der Kolonialmandate hat einen Vergleich über die Ansprüche Belgiens und Großbritanniens auf Ostafrika zugebracht. Die Kommission hat beschlossen, diese Abmachungen dem Rat der Fünf zur Ratifikation vorzulegen. Nach diesem Vergleich erhält Belgien die Provinzen Ruanda und Ruandi im Nordwesten der Kolonie. Trotzdem diese Provinzen nur einen kleinen Teil des Gebietes ausmachen, haben sie doch drei Millionen Einwohner, d. h. fast die Hälfte der Bevölkerung des ehemaligen Deutsch-Ostafrika.

Ueber den deutschen Besitz in Belgien wird nach einer Erklärung des belgischen Sozialistenführers und Ministers van der Velde derart verfügt, daß der deutsche Großbesitz, wie zum Beispiel die riesigen Wälder von Ahrenberg, in den Besitz des belgischen Staates übergeht, das kleinere Eigentum dagegen soll seinen deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

200 Milliarden Sachschaden in Frankreich.

Die französische Parlamentskommission, die für die Ratifikation des Friedens aufgestellt wurde, hat festgestellt, daß der von Deutschland angerichtete Sachschaden 200 Milliarden beträgt.

den 119 Milliarden, der landwirtschaftliche Schaden allein 37 Milliarden beträgt. In der Summe von 119 Milliarden ist der Wiederaufbau des Handels nicht eingerechnet. Die militärischen Pensionen allein betragen außerdem 43 Milliarden, ferner für minderjährige Kinder 6 Milliarden 900 Millionen Frank, aller Schaden zusammen 200 Milliarden.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 18. Juli.

Seines Abrechnung mit den Unabhängigen.

Die Abrechnung der Landesversammlung brachte bei der Fortsetzung der Besprechung des Staats des Innern eine nach Inhalt und Form ungewöhnlich scharfe Rede des Ministers des Innern Heine, der sich besonders gegen die Dauerrede des Unabhängigen Leids wandte. Den Höhepunkt seiner Darlegungen bildete die Schilderung, die Eichhorn unheimlichen Angebens in den letzten Tagen seiner Berliner Polizeipräsidentenschaft spielte. Minister Heine legte unter großer Bewegung des Hauses eine Quittung vor, die Eichhorn dem Minister Heine an einem Tage gegeben, wo er schon wußte, daß er seines Amtes entsetzt werden würde. Die Quittung lautete über einen Hauf von 25 000 Mark für politische Zwecke. Heine führte unter stürmischem Beifall des Hauses aus, daß ihm (Eichhorn) das Geld nicht ausgezahlt worden sei. Eichhorn hat ebensoviele das Geld erhalten, wie Ledebour und Liebknecht das Kriegsministerium, das sie forderten.

Im Laufe der Aussprache machte Unterstaatssekretär Meier, der von der Regierung zur Entscheidung des Landarbeitersstreiks nach Rommen gelangt worden war, Mitteilung von dem Ergebnis der Verhandlungen in Stettin. Der Streik kann als beendet angesehen werden, nachdem jetzt vielfach Tarifverträge abgeschlossen worden sind. Nach dem Unterstaatssekretär sprach der Mehrheitssozialist Richter-Neumann, der sich dagegen wendet, daß man seinen Parteigenossen beim Aufstieg in hohe Ämter Ungenauigkeit vorwarf. Nach 10 Uhr erhielt noch der Abg. Klotz-Effen (Ztr.) das Wort, der in eingehenden Ausführungen den schärfsten Kampf gegen den Schmutz im Wort und Bild ansetzte. Erst kurz vor Mitternacht wurde die Sitzung geschlossen.

— Berlin, 19. Juli.

Gegen die Entfernung der Kaiserbilder aus der Schule.

Nach einem Erlass des Kultusministers vom 26. 6. sollen die Bilder der Hohenzollern aus allen Schulen entfernt werden. Dies gab dem deutschnationalen Abgeordneten Delze Veranlassung zu einer Anfrage, auf welche rechtlichen Grundlagen die Entfernung ihre

Feind Festigen, vielleicht unterwegs eine Bekanntschaft gemacht haben, die auf eine Spur leiten könnte. Die Wege zu einer solchen Tat sind oft wunderbar verschlungen.

Früh überlegte eine Weile. „Nein, soviel ich auch nachsinne, ich finde nichts in meinem Leben, das hiermit in Verbindung gebracht werden könnte. Wie Ihnen ja bekannt sein dürfte, ging ich vor vier Jahren nach Amerika. Meine Geschäfte führten mich zuerst nach New-York, dann nach St. Louis und schließlich nach Chicago, wo ich in einer Familie meine jetzige Verlobte, Fräulein Felicia Molesworth, kennen lernte. Sie ist eine Waise und steht ganz unabhängig in der Welt da. Ich schrieb meinem Vater davon, und als ich von seiner schweren Erkrankung hörte, beschloß ich herüberzuweisen.“

„Meine Braut weißte ja nun bereits seit einigen Monaten zur Regelung von Erbschaftsangelegenheiten in London. Sie kam nun vor vier Tagen auch hierher, und wir freuten uns schon darauf, mit dem Segen meines Vaters unsere Verbindung vollziehen zu können, als das Furchtbare kam. Nicht einmal vorstellen habe ich sie können, sein Zustand erlaubt es nicht.“

„Und Ihre Frau Mutter hat die Dame auch nicht kennen gelernt?“

„Nein. Fräulein Molesworth ist heute zum ersten Mal in unserer Villa gewesen.“

„Was gedenken Sie nun zu tun?“

„Jedenfalls muß die Hochzeit jetzt aufgeschoben werden, solange dieser dunkle Schatten vor uns steht. Ich werde länger hierbleiben müssen, als ich ursprünglich beabsichtigte.“

„Sie wollen hier wohnen?“

„Ja. Das Dienstmädchen wird hierbleiben und der Gärtner Marx seinen Dienst wieder aufnehmen.“

„Marx?“

„Ja. Ist das so merkwürdig?“

„Er stand sich nicht gut mit Frau von Marlehen. Jedem sollte man ihn im Auge behalten.“

„Reicht er zu Gewalttätigkeiten?“

„Nein, er macht auch einen ruhigen und soliden Eindruck. Aber wer kann wissen, was hinter einer solchen Maske verborgen ist?“

(Fortsetzung folgt.)

Mahnahme steht. Die Bilder seien im Rahmen der Zuständigkeit der für die Schulpflege maßgebenden Organe und mit ausdrücklicher Billigung der Schulaufsichtsbehörden auf Kosten der Gemeinde angeschafft und dürften daher nur auf Verlangen der obigen Organe entfernt werden.

Ministerialdirektor Kestner erklärte unter stürmischem Protest der Rechten, die Unterrichtsverwaltung sei auf Grund ihrer Aufsichtsbefugnisse ohne weiteres berechtigt, den Unterricht störende Bilder entfernen zu lassen. Historisch-wichtige Bilder dürfen nach dem Erlass nicht entfernt werden.

Es folgte die Beratung einer Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Hierzu lag ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten des Zentrums und der Demokraten vor, der den von der Preussischen Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung beschrittenen Weg, unter Anwendung großer staatlicher Mittel eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung herbeizuführen, billigt, weil er allein aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herausführen kann.

Eisenbahnminister Deser verbreitete sich ausführlich über die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung und besprach die Forderungen der einzelnen Arbeitergruppen. Nach der Lohnherabsetzung für die Arbeiter haben jetzt auch die Beamten ein volles Recht auf Erhöhung ihrer Bezüge. Bei der Lohnforderung muß in Betracht gezogen werden, daß sie automatisch eine Erhöhung der Löhne oder Gehälter auch anderer Gruppen nach sich ziehen muß. Wir müssen daran denken, daß schon wegen der Bestimmungen des Friedensvertrages unsere Finanzlage von Monat zu Monat nicht besser, sondern schlechter wird.

An die Ausführungen des Ministers knüpfte sich eine kurze Aussprache, die fast ausschließlich mit der Annahme des Antrages gegen die Stimmen der Deutschnationalen endigte.

Ein Zentrumsantrag auf Annahme eines Gesetzes über die Errichtung einer Provinz Obersachsen ging ohne Erörterung an den Ausschuss für den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Selbstständigkeit der Provinzialverbände.

Darauf legte das Haus die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Den Rednerreihen eröffnete heute der demokratische Abgeordnete Cassel, der sich in der Hauptsache gegen die Rechte wandte. Der nächste Redner Abg. Regenborn (Zent.) äußerte die große Unzufriedenheit seiner Partei über die Lenkungslosigkeit der Regierung. Der Wagen gehe in rasendem Tempo dem Abgrunde entgegen, weil uns jede Führung fehle. Im einstündigen Rede polemisierte der Unabhängige Lichtenstein gegen die Mehrheitssozialisten, bis ihm schließlich nach Ablauf der ihm zustehenden Redezeit unter lärmendem Protest der Unabhängigen das Wort entzogen wurde.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Moldenhauer (D. Sp.) wurde der Etat billigt, die Abstimmung über die einzelnen Artikel jedoch ausgesetzt.

Die nächste Sitzung soll erst am 16. September stattfinden.

Der Fall Manheim.

Die Millionenbuße abgelehnt.

In der Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Marschall Foch wegen der Tötung des Sergeanten Manheim wird darauf hingewiesen, daß einem Teile der französischen Forderungen aufgegeben werden bereits vor Eingang der französischen Note zugegeben ist, so insbesondere der Forderung wegen Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen die Täter, wegen der Entschädigung und wegen der Übernahme der Kosten der Beerdigung. Die für die Familie des Getöteten beanspruchte Entschädigung ist, obwohl eine Rechtsverpflichtung dazu nicht besteht, aus Entgegenkommen zugestanden worden. Dagegen ist die deutsche Regierung die verlangte Bestrafung der Stadt Berlin mit einer Buße von einer Million Franken als völkerrechtlich unbegründet abgelehnt. Für den Fall, daß sich die französische Regierung hierin dem deutschen Rechtsstandpunkt nicht anschließt, wird jedoch angeboten, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unterbreiten.

Großes Befremden hat es erregt, daß die Geltendmachung der aus der Tötung des Sergeanten erwachsenden Ansprüche durch den Militäröverbefehlshaber erfolgte. Der Friedensvertrag ist von uns ratifiziert, und wir stehen infolgedessen wieder in diplomatischem Verkehr mit der französischen Regierung. Die Zuständigkeit Marschall Fochs für die Erledigung dieser bedeutsamen Angelegenheit muß demnach stark in Zweifel gezogen werden.

In sachlicher Beziehung kann dem Anspruch erst dann eine grundsätzliche Berechtigung beigegeben werden, wenn die noch im Gange befindliche Untersuchung ergeben hat, daß die französischen Soldaten schuldlos sind. Die Unstimmigkeiten, die sich aus den einander widersprechenden Zeugenaussagen ergeben haben, konnten bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden. Das Polizeipräsidium wird nunmehr die Angelegenheit den Militärgerichten übergeben.

Trauerfeier für den französischen Sergeanten Manheim.

Im Berliner Leichenschauhaus fand am Freitag nachmittag eine Trauerfeier für den erschossenen Sergeanten Manheim statt. Die französische Militärkommission war hierzu durch einen General, mehrere Offiziere und Soldaten vertreten. Außerdem hatten alle in Berlin weilenden Militärmissionen der Entente Abordnungen entsandt. Sonnabend vormittag wurde die Leiche des Erschossenen unter polizeilichem und militärischem Geleit nach dem Anhalter Bahnhof überführt, um von dort aus nach Paris weiter befördert zu werden.

Die französische Presse zum Fall Manheim.

Die Presse bespricht den Brief Versaens an Clemenceau, in dem die Entschädigung für die Ermordung des französischen Sergeanten Paul Manheim aus-

gesprochen wird. Die Presse nimmt von dem Vorschlag der deutschen Regierung, eine Entschädigung zu zahlen, Kenntnis, ist aber der Meinung, daß die Regierung mit der Zahlung allein nicht zufrieden sein könne, denn die Ermordung des französischen Unteroffiziers steht nicht allein da und sei keine Ausnahme. Man stehe vielmehr einer Organisation gegenüber, deren militärische und politische Führer unschädlich gemacht werden müßten. Der „Matin“ sagt, man werde künftig Maßnahmen ergreifen, um eine Bewegung zu unterbinden, die noch gefährlicher ist als die deutsche Regierung ist, als für die französische; denn wenn die deutsche Regierung künftig nicht Maßnahmen gegen die Anführer solcher Verbrecher trifft, so ist Frankreich zu den schärfsten Maßnahmen gezwungen. Die Strafe von einer Million ist nur das Mindeste, was einem solchen Verbrecher folgen müßte.

Neues vom Tage.

Der Gesandte v. Rosenburg hat die an ihn gerichtete Forderung, als Nachfolger des Unterstaatssekretärs Freiherrn Langwerth v. Simmern, Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt zu werden, angenommen.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Weimar erfährt, schweben Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Hamburger Bankier Dr. Melchior, die zum Zweck haben, Dr. Melchior als Unterstaatssekretär für das Reichswirtschaftsministerium zu gewinnen. (Dr. Melchior hat bei den Friedensverhandlungen in Versailles als einer der sechs Hauptdelegierten mitgewirkt.)

Der Gouverneur von Berlin und sozialdemokratische Abgeordnete Georg Schöpplin wird am 1. August zurücktreten. Er hat die Wahl zum Abgeordneten des Reichstages „Volkstreu“ angenommen.

Der König von Spanien hat Maura abermals mit der Bildung eines konservativen Kabinetts betraut.

Ein Appell des Papstes an die Bauern. Der Papst hat an die deutschen Bischöfe einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt: Nach Beendigung des langen traurigen Kampfes und nach Unterzeichnung des Friedens hat endlich auch die Blodade aufgehört, die auch unter den Nichtkämpfern so viel Opfer gefordert hat. Dafür danken wir auch dem allmächtigen Gott. Euer Gedanke muß sein, möglichst schnell die Kriegsschäden zu heilen. Damit in Deutschland nicht bolschewistische Unruhen eintreten, müßt ihr alle Anstrengungen machen, daß dem Volke die Lebensmittel nicht fehlen! Deshalb laßt durch die Pfarrer das Landvolk ermahnen, daß es alle überflüssigen Lebensmittel dem verhungerten Stadtvolk abgibt. Außerdem hoffen wir, daß auch die Angehörigen anderer ziviler und katholischer Nationen dem deutschen Volke helfen, von dem wir wissen, daß es in äußerster Not ist. Ferner sollt ihr alle eure Autorität aufbieten, um die geistigen Kulturschäden zu heilen und jedes Haßgefühl gegen eure bisherigen Feinde, wie gegen eure Mitbürger von anderen Parteien zu beseitigen.

Reichspensionsgesetz für Beamte. Der Nationalversammlung ist vom Reichsfinanzminister Erzberger der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erhöhung der Pension von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Danach werden die Pensionen der Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin Veretzung in den Ruhestand nachsuchen, um 10 Prozent erhöht. Ueber den Betrag von 60 Prozent der Berechnung der Pension zugrunde zu legenden Dienstverdienst findet eine Erhöhung nicht statt. Ferner ist der Nationalversammlung zugegangen: der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Danach können Reichsbeamte, die mit der Wahrnehmung politischer Angelegenheiten betraut sind und bis zum 31. März 1920 infolge der Umgestaltung des Staatswesens ihre Pensionierung nachsuchen, in den Ruhestand gesetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Voraussetzung des Anspruches auf Pension ist. Im übrigen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über die Pensionierung unberührt.

Trennung von Schule und Kirche in Braunschweig. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausweisung des Religionsunterrichts in den Schulen des Freistaates Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien ebenfalls angenommen.

Die Beamten der abtretenden Gebiete im Osten haben der preussischen Staatsregierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen sie bereit wären, in polnische Staatsdienste zu treten und die Erwartung ausgesprochen, daß diese zur Grundlage für die zwischen der deutschen und polnischen Regierung abzuschließenden Verträge gemacht werden. Vor allem wird verlangt, daß Polen gegenüber den in polnische Dienste tretenden Beamten alle Rechte und Pflichten des abtretenden preussischen Staates übernimmt. Ferner: Veretzung nach Agnieszka und Galizien darf nur mit Einverständnis der betreffenden Beamten erfolgen. Die deutsche Sprache muß als Amtssprache neben der polnischen bestehen bleiben. Die Erkennung der polnischen Sprache soll freiwillig sein, und es sollen dazu amtliche kostenfreie Lehrkurse eingerichtet werden. Es ist eine Frist von fünf Jahren zur Entscheidung über endgültigen Übertritt zu gewähren. Ueber Disziplinarverfahren und unfreiwillige Veretzung in den Ruhestand entscheidet ein Disziplinargerichtshof, der zur Hälfte aus deutschen Richtern besteht.

Rundschau im Auslande.

Polen: Maßnahmen gegen die Typhus-Epidemie. Um den Typhus in Polen zu bekämpfen, begibt sich in den nächsten Tagen die größte bisher für ähnliche Zwecke aufgestellte Expedition von Paris nach Polen. Auf diese Weise soll die Ausbreitung der Epidemie auf Mitteleuropa, die für den nächsten Winter droht, verhindert werden. In der Expedition gehören 550 amerikanische Offiziere und freiwillige Sanitätsjungen. Amerika England haben den größten Teil ihrer Entlausungsmittel an Polen verkauft, und der polnische Wein-

minister hat die ganzen Einrichtungen, die die Deutschen zurückgelassen haben, ebenfalls in Tätigkeit gesetzt. 800 Eisenbahnwagen und 700 Lastautos führen die Ausrüstung und Chemikalien auf dem Wege von Frankreich über Deutschland mit sich. Der Typhus ist zurzeit von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer verbreitet.

Österreich: Der Friede von St. Germain.

Die englische Presse bringt Einzelheiten über die finanziellen Bedingungen, die Österreich auferlegt werden sollen. Artikel 3 besagt, daß eine besondere Unterkommision für Schadenersatz gebildet wird. Die Hauptaufgabe der Kommission wird sein, die Feststellung der Zahlungsfähigkeit Österreichs, weiter die Überwachung der österreichischen Hilfsquellen, die unter Aufsicht der Entente gestellt werden, und die Kontrolle der Steuerpflichtigen aller Steuerzahler. Die Kommission wird bei der Feststellung des Betrages des Schadenersatzes Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage, die entstanden ist, nachdem Österreich auf territoriale Gebiete verzichtet geleistet hat. Österreich muß innerhalb zweier Monate seine Handelsflotte und Fischerflotte ausliefern. Weiter wird von Österreich eine umfangreiche Viehablieferung verlangt. Als erste Abgabe wird Italien 4000 Kühe, 1000 Ochsen, 1000 Kälber, 50 Stiere erhalten; Rumänien bekommt die Hälfte davon und außerdem noch 1000 Pferde; Serbien erhält 1000 Kühe, 500 Ochsen, 1000 Kälber, 25 Stiere, 1000 Pferde und 1000 Schafe.

Rußland: Die Niederlage Koltshaks.

Die Einnahme von Gostaninburg durch die rote Armee wird, wie die Londoner „Times“ mit großer Begeisterung melden, veranlassen, daß auch die sehr reichen Uralgebiete vorübergehend aufgegeben werden müssen. Das wird einen sehr schweren Druck auf die bolschewistische Regierung ausüben. Eine vollständig neue Epoche des Feldzuges und ein neues Kriegsjahr wird vergehen, ehe es Admiral Koltshak, dem Schilling der Entente gelungen wird, Mostau zu erreichen. Die rote Armee hat drei Divisionen nach dem Süden geschickt, um den Vormarsch der Kosaken nach dem Ural und Drenb zum Zwecke der Vereinigung mit General Denikin zu verhindern. Sie haben auch an der indischen Grenze neue Aufstände hervorgerufen. Die Offensiven der roten Armee gegen Denikin hat begonnen. Bei Perm machten die roten 30.000 Gefangene, erbeuteten Lebensmittel und Kriegsmaterial.

England: Verhaftung der Arbeiterführer.

Der Präsident der englischen Gewerkschaften erklärte in seiner Rede auf der Konferenz in Residua, sie seien entschlossen, die Verhaftung der Kohlenbergwerke zu erzwingen. Diese Verhaftung sei die einzige Kur für die Kohlenkrise. Die Kohlenarbeiter würden nicht jeden Nerv anstrengen, nur um große Privatvermögen aufzubauen. In seiner Rede nannte er den Krieg mit Russland das größte Verbrechen in der Geschichte Englands.

Türkei: Türkischer Protest gegen den Friedensvertrag.

Der türkische Verkehrsminister Ferid Bey erklärte, daß die türkische Regierung entschlossen sei, einen Friedensvertrag, der die Aufteilung der Türkei bringe, nicht zu unterzeichnen. Kein Meter türkischen Gebietes, sei es in Europa oder in Asien, dürfe an die Fremden übergeben werden. Die türkische Regierung will bei der Entente Schritte unternehmen, um die Auslieferung Salas Paschas, Ender Paschas und Djemal Paschas durchzusetzen, die bekanntlich vom Kriegsgesetz zum Tode verurteilt worden sind und sich angeblich in Deutschland aufhalten.

Vermischte Nachrichten.

Die Steuerpflicht der Kriegsteilnehmer. Nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes hat der Kriegsteilnehmer, sofern er ein schwantes Einkommen hat und in den Jahren 1918 oder 1919 vom Heeresdienst entlassen wurde, das Einkommen zu versteuern, das er mutmaßlich im Jahre 1919 erzielt. Bei der Veranlagung wird der Verdienst in einer gewissen Zeit zugrunde gelegt und für das ganze Jahr berechnet. Arbeiter, die 1917 gearbeitet haben und nicht mehr zum Heeresdienst eingezogen wurden, versteuern in der Regel das Einkommen des Jahres 1917. Seit 1917 sind aber die Arbeiter Einkommensteuerpflichtig geworden und sind jetzt vielleicht durchschnittlich um 1000 Mark höher. Der Kriegsteilnehmer hätte demzufolge nach den Bestimmungen des Steuergesetzes ein viel höheres Einkommen zu versteuern als sein gleich oder noch besser begabter Kollege, der nicht zum Heeresdienst eingezogen war. Aus der glatten Anwendung der Bestimmungen des Steuergesetzes ergeben sich daher ungerechte Härten gegen diejenigen, die ohnehin schon große Opfer zu bringen hatten. Die Festsetzung des mutmaßlichen Einkommens scheint auch um deswillen sehr ungerecht, als im Laufe des Jahres bedeutende Lohnausfälle durch Arbeitslosigkeit und Verminderung des Lohnes eintreten können. Es ist daher sehr erfreulich, daß das Finanzministerium die Steuerbehörden angewiesen hat, Steuerermäßigungsgehalte von Kriegsteilnehmern wohlwollend zu prüfen und die Härten durch entsprechenden Steuerzuschlag auszugleichen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen. Gegenwärtig sind Verhandlungen über die Rückbefreiung eines Teiles der noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen durch die Schweiz im Gange. Es wird sich dabei um ziemlich bedeutende Transporte handeln. Die deutschen Vertreter an den Verhandlungen, an denen neben den Vertretern der Bundesbahnen auch solche des Militärdienstes und des roten Kreuzes teilnehmen, schätzen die Zahl der zurzeit noch in französischen Lagern befindlichen deutschen Gefangenen auf 450.000 Mann. Man rechnet mit zwei Zügen täglich mit je 800 Mann. Neben den Kriegsgefangenen werden auch Schwerverwundeten- und Zivilinterniertentransporte durch die Schweiz kommen. Man glaubt, daß die Transporte in vier bis fünf Wochen beginnen können.

Merzig, 19. Juli. (Es gibt noch Verdienstmöglichkeiten.) Ein Karussellbesitzer, der auf der letzten Merziger Kirmes sein Karussell für eine halbe Mark laufen ließ, verdiente am Tage über 100.000 Mark.

Berlin, 21. Juli. Heute früh begann der 24 stündige Demonstrationstreik der Unabhängigen. Der Straßenbahn- und Hochbahnverkehr ruht. Elektrizitäts- und Gaswerke liegen still. Der Betrieb der Wasserwerke ist in Frage gestellt.

Berlin, 21. Juli. Am heutigen Demonstrationstreik nahmen 90 Prozent der Berliner Arbeiterschaft teil.

Die Wiederannahme der Arbeit in Pommern. In Stettin wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. Es machen sich die Folgen des Streiks jedoch noch sehr bemerkbar. Besonders in

Deutsch-
fest, 800
Ausführung
er Deutsch-
Hies bis

in.
die finan-
den sollen.
tion für
der Kom-
gshig-
reichlichen
st werden,
en aller
feststellung
auf die
ist, nach-
leistet hat.
an der 18-
wird von
angt. Als
00 Schien,
erfolmt die
Serbien
25 Stiere,

die rote
großer Be-
reihen
müssen.
er Regie-
Feldzeuges
Admiral
ed, Moskau
nach dem
nach dem
mit General
indischen
die Offiziere
Bei Perm
en Lebens-
werte.

erforderung
Reservat, sie
ergewerte zu
inzige Kur
werden nicht
ögen aufzu-
Aufwand
nde.

usvertrag.
erklärte,
Friedens-
nicht zu
sei es in
er treten
at Paschas,
en, die be-
worden sind

en.

ner. Nach
es hat der
des Ein-
1919 vom
en zu ver-
19 erzielt.
in einer ge-
ganze Jahr
haben und
urden, ver-
ahres 1917.
me, erheb-
nützlich
hätte dem-
energehebes
en als sein
der nicht
glatten Un-
des er-
en
enigen, die
atten. Die
scheint auch
auf des Jah-
erbstlosigkeit
können. Es
nützlich
enermermäßi-
vollend zu
den Steuer-

genen. Ge-
rückbefinde-
schweiz
bedeutende
eter an den
treten der
epa ements
die Zahl
bedinglichen
Man rech-
nun. Neben
erwundene
die Schweiz
orte in vier

ien f m ö g-
gehten Metzger
s, verbiente am

in Pommern.
rieben wieder
folgen des
Bischofs im

der Lebensmittelversorgung machen sich die Nachwehen der Streikfrage noch recht fühlbar. So konnte die Wochenfleischmenge nicht zur Verteilung gelangen, da auf dem Schlachthof während der Streiktage nicht gearbeitet worden ist. — Im Landkreis Franzburg war bereits am Freitag die Wiederaufnahme der Arbeit bis auf wenige Ausnahmen erfolgt.

Die Teilstreiks in Oberschlesien sind nach einer Meldung aus Katowitz wieder aufgelebt. Die Bergarbeiter der Mathildegrube und der Brandenburggrube sind in den Ausstand getreten, die erstere mit 1400 Mann. Die letzteren nahezu gänzlich, jedoch ist hier die Arbeit am Freitag wieder aufgenommen worden.

Die Eisenbahnerbewegung in England. Das Siegesfest, das am Sonnabend in London gefeiert wurde und zu dem auch der Marschall Hoche eingeladen war, wurde durch den Streik der North-Eastern Railway, der sich immer weiter ausbreitet, überschattet. Es droht die Gefahr, daß der Ausstand allgemein wird. Newcastle ist bereits abgeschnitten, die Zeitungen werden mit Kraftwagen befördert. Der Streik hat bereits über Yorkshire, wo 160 000 Mann streiken, seine Grenzen ausgedehnt. Auch in Schottland beginnen die Eisenbahner, sich dem Streik anzuschließen. Die Arbeiter von Carlisle haben im Vollzugsausschuß des territorialen Verbandes des Eisenbahnerpersonals eine Entschließung eingebracht, nach welcher der Gesamtstreik zu erklären ist, wenn der Ausstand nicht beigelegt wird.

Kleine Nachrichten.

Die Einreisepasse für Weimar ist aufgehoben, sodass jeder Auswärtige ungehindert den Bahnhof Weimar verlassen und die Stadt betreten kann.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Großberlin hat im Laufe der letzten Woche einen namhaften Rückgang erfahren. Die Zahl fiel um 7800 auf 162 270.

Der 21-jährige fahnenflüchtige Soldat Drowert, ein schon seit längerer Zeit gefuchter Schwerverbrecher, ist im Kampf mit Polizeibeamten von diesen in Graubenz erschossen worden.

Der holländische Ackerbauminister hat bestimmt, daß künftighin die Ausfuhr von Käse unterjagt ist.

In Rotterdam sind 900 aus Australien und Deutsch-Afrika ausgewiesene Deutsche angekommen.

Auf dem Flugfeld von Bourget bei Paris ist ein großes Fliegerbombenlager in die Luft geflogen. Bis jetzt wurden fünf Tote und etwa zwanzig Verwundete gemeldet.

Aus Laasphe und Umgegend.

Laasphe, 22. Juli. Die Besitzer von Kriegsanleihe machen wir darauf aufmerksam, ihre Wertpapiere unter keinen Umständen zu verschleudern. Es treiben sich wieder Leute auf dem Lande und in den kleinen Städten herum, die den Kriegsanleihebesitzern unter allerlei Lügen die Papiere zu billigen Preisen abzuschnappen suchen und es sind leider Fälle vorgekommen, wo es ihnen gelungen ist, solche zu 50-60 Prozent zu erhalten. Die Leute mögen doch bedenken, daß die Käufer doch wieder etwas daran verdienen wollen und das können sie auch, denn es ist gar kein Grund vorhanden, diese Werte zu verschleudern, die bereits wieder mit 80 Prozent an der Börse gehandelt und sicher noch weiter steigen werden. Also Vorsicht.

Laasphe, 22. Juli. Noch immer herrscht ein fühlbarer Mangel an Wechselgeld. In den Läden und auch an den Postschaltern wird dies am meisten fühlbar. Jeder der etwas zu bezahlen hat, zahlt mit größeren Geldscheinen und der Empfänger ist meist nicht in der Lage, das Erforderliche herauszugeben. Wir lesen immer wieder von weiterer Ausprägung von Kleingeld, aber zu sehen bekommt man davon kaum etwas. Es müssen also immer noch Hamster geben, die das Geld festhalten. Auch jetzt ist wieder die Ausprägung neuer 50-Pfg.-Stücke vorgelegen, um den Mangel an Kleingeld zu beseitigen. Wie verlautet, soll die Ausprägung mehrere Millionen betragen, nur ist man sich noch nicht im Klaren, aus welcher Metallmischung die Münzen hergestellt werden sollen.

W. Laasphe, 22. Juli. Die am vergangenen Sonntag auf Einladung des Ausschusses in Vertretung zusammengekommenen fast sämtlichen kaufmännischen Angestellten des Kreises Wittgenstein nahmen einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen das ablehnende Verhalten des Arbeitgeber-Verbandes Wittgenstein in der Tarifangelegenheit der Angestellten richtet. Des ferneren wurden die in einer Vertretungsrats-Sitzung herbeigeführten, fast unglücklichen Zustände scharf beklagt und verurteilt. Es wurde beschlossen, um derartigen Missständen entgegenzuwirken, die Öffentlichkeit auf die Lage der Angestellten hinzuwirken und die Öffentlichkeit auf die Lage der Angestellten hinzuwirken. Die Öffentlichkeit wird diesen Beschlüssen verständlich finden, wenn sie hört, daß es im Wittgensteiner Land noch Firmen gibt, die verheirateten Angestellten zu zahlen, nach einer ununterbrochenen Kriegsdienstzeit mit einem Monatsgehalt von 150 bis 250 Mark auszukommen, während jeder gelebte Arbeiter über 24 Jahre nicht unter 1,25 Mark Stundenlohn zu arbeiten braucht. Die nächste Versammlung der kaufmännischen Angestellten findet in 6 Wochen in Laasphe statt.

Durch Erlass des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. Juni 1919 ist der Kreis Wittgenstein an den Bezirk der Handelskammer für das südöstliche Westfalen in Arnsberg angeschlossen worden.

Ausreisepapiere auf Reisen mitnehmen. Nach Aushebung der Reisereisepapiere befinden sich vielfach Reisende in der irrigen Annahme, daß überhaupt keine Ausreisepapiere mehr mitgeführt zu werden brauchen. Da nach wie vor eine Ausreisepapiere unserer Botschaften, wird den Reisenden dringend empfohlen, stets ausreichende Ausreisepapiere zur Hand zu haben.

Warnung vor Trichinen. Auf dem Schaumte des Handlichen Schlachthofes zu Pagen wurden in einem Schinken amerikanisches Fleisch Trichinen in bedeutender Zahl gefunden. Deshalb sei die Bevölkerung nochmals auf die Gefährlichkeit der Trichinen hingewiesen. Auslandschweinefleisch, Speck, besonders Wagerfleisch, muß vor dem Genuß vollständig abgeseigt oder gebraten werden.

Vanse, 22. Juli. Die Feuernte ist soweit beendet, der Ertrag ist infolge der anhaltenden Trockenheit im Mai und Juni ein sehr geringer. Manche Minderbeteiligte, die ihr Futter sonst bei den örtlichen Grasverkäufen erstanden, sind in diesem Jahre infolge der Verteilung durch die Gemeinden sehr bedacht worden. Träte der Arbeitsinn dieser Leute nicht so hervor, so würde zweifellos ihr Viehstand verringert oder ganz abgeschafft werden müssen.

Viele sind schon 10-20 mal und mehr nach dem Schlachthof in die Staatswaldungen gewandert, um sich das nötige Futter zu holen. Was das für eine anstrengende Arbeit für Menschen und Vieh ist, läßt sich leicht denken. Hoffentlich werden nun auch diejenigen, die bei der Verteilung des Grases besser bedacht worden sind, in Zukunft daran denken, ihre Futter regelmäßig an die Futterstellen abzuliefern, damit die geringeren Leute etwas geholt werden können. Durch den Krieg ist letzteres das Brod sozusagen aus dem Munde genommen worden, nun wird ihnen der Futterstempel auch auf diese Weise noch erspart.

Grundebrück, 22. Juli. Unter Bezugnahme auf unsern Bericht über den Zusammenstoß eines Forstbeamten mit zwei hiesigen jungen Leuten, legt der Vater derselben Wert darauf zu erklären, daß der junge Mann ganz entschieden in Abrede stellt, auf den Forstbeamten angelegt zu haben. Er habe ihn überhaupt erst gesehen, als er nach dem Schuß aus Deckung getreten sei. — Er bestreitet zwar die Möglichkeit nicht, daß der Förster in dem Glauben gewesen sein könne, weil er die Waffe vor sich getragen habe. — Das Nähere wird wohl die gerichtliche Untersuchung aufklären. — Für den Vater ist der Vorfall umso unangenehmer, weil er gar keine Ahnung von dem ganzen Vorfall und von dem Tun und Lassen seiner Söhne gehabt hat. Er habe auch nicht gewußt, daß sie im Besitz von Waffen seien. Erst als die Polizei sein Haus betreten und nach den Söhnen gefragt habe, wäre ihm nähere Aufklärung geworden.

Grundebrück, 22. Juli. In unserm Orte herrscht jetzt eine große Kartoffelknappheit. Selbst die größten Bauern haben Mangel daran und müssen sich aufs äußerste einschränken, um bis zur neuen Ernte durchzukommen. Nicht nur die Bauern, sondern auch die Versorgungsberechtigten haben während des Truppen-zuges ihre Kartoffelbestände hergegeben, um den einquartierten Mannschaften etwas vorsetzen zu können. Diese Freigiebigkeit macht sich jetzt fühlbar. Hoffentlich sorgt das Wirtschaftsamt dafür, daß recht bald die Zufuhren von Kartoffeln in den hiesigen Kreis beginnen.

Aue, 22. Juli. Dem Landwirt Becker von hier wurden drei Stüd Vieh (2 Stiere und 1 Kuh) auf der Weide vom Vieh erschlagen. Ein Tier war auf der Stelle tot, aber auch die beiden anderen waren so schwer getroffen worden, daß man zur Notabschlachtung schreiten mußte. Das Fleisch wird auf der Freibank verkauft. Da die Tiere nicht versichert waren, dürfte der Besitzer erheblichen Schaden erleiden. Dem jugendlichen Viehhüter wurden vom Viehtrahl beide Füße gelähmt.

Berufsausbildung von Kriegervätern. Zu den wichtigsten Aufgaben der Kriegshinterbliebenenfürsorge gehört die Berufsberatung und Berufsausbildung der Waisen. Die hierfür aufzuwendenden Mittel stellen ein Kapital dar, dessen Zinsen nicht nur den Hinterbliebenen selbst, sondern darüber hinaus der gesamten deutschen Volkswirtschaft zugute kommen. In Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Aufgabe hat die Nationalitätsgesellschaft die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen einen Teil ihrer Sondermittel zur Verfügung gestellt, Kindern, die in den Facharbeiter- oder Handwerkerberuf eintreten sollen, eine ordnungsmäßige Lehre zu ermöglichen, sowie besonders begabte Kinder höherer beruflicher Tätigkeit zuzuführen. Anträge auf Beihilfen zur Berufsausbildung sind den Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene einzubringen, die sie an die zuständigen Stellen weitergeben. Nähere Auskunft und Rat erteilen die Auskunftsstellen des Reichsaufwands-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände (Hauptauskunftsstelle Berlin W. 50, Grisebergstraße 2), die die Ausarbeitung entsprechender Anträge ger- d. kostenlos übernehmen.

Einzelnde.

Die hierunter erscheinenden Artikel dienen lediglich dem Meinungsaustausch, die Red. übernimmt für sie außer der preßgesetzl. Verantwortl.

Eine sittliche Erneuerung des deutschen Volkes tut not, wenn es sich aus dem Elend, in das es gekommen ist, wieder emporarbeiten will. Immer und immer wieder tritt uns diese Forderung in Wort und Schrift aller jener, die es gut mit unserem Vaterlande meinen, entgegen. Wer wollte leugnen, daß diese Forderung berechtigt ist? Aber einem großen Teil unseres Volkes ist diese Wahrheit unangenehm. Daß sich nach all dem Kriegselend bei uns allen, namentlich aber bei unserer Jugend, die so freudbedrückend ist, ein starker Drang nach Frohsinn und Lebensgenuss bemerkbar macht, ist natürlich und erklärlich. Es gilt jetzt, diese Lebenslust in die richtigen Bahnen zu lenken und der Jugend nur das Beste zu bieten. Wir denken dabei in erster Linie an die Volkserhaltung, an die, die gut organisiert, ein vortreffliches Mittel bilden, den Geschmack zu verbreiten und zu bilden, Freude an dem Schönen zu erzeugen und damit den Menschen emporzutragen zu der höchsten Höhe sittlicher Lebensauffassung. Der Unterhaltungsplan muß gut durchdacht sein, und es müssen gute Kräfte für die Mitwirkung gewonnen werden. Geistliche Gelehrte, Lehrer, Künstler, Vereine der verschiedensten Art, Männer und Frauen aller Kreise können zur Mitarbeit herangezogen werden. Vor allem sollten musikalische Darbietungen, seien es nun Vorträge tüchtiger Gesangsvereine oder solche eines leistungsfähigen Orchesters, dabei nie fehlen. Auch turnerische Vorführungen sind sehr beliebt. Im Mittelpunkt der Darbietungen müßte eine kurze Ansprache eines gewandten Redners stehen.

Vielleicht dienen diese Zeilen dazu, maßgebende Kreise für diese zweifellos hochwichtige Sache zu interessieren und den Gedanken in die Tat umzusetzen zum Heile unserer Jugend und zum Segen unseres Vaterlandes.

Franzburg, 22. Juli. Unter den hiesigen kaufmännischen Angestellten herrscht große Erregung darüber, daß eine hiesige Firma einer Anzahl ihrer Angestellten gekündigt hat, weil sie sich dem Deutschen Handlungsgehilfen-Verbande angeschlossen haben. Obgleich ein Kündigungsgrund bei sonst zufriedenstellenden Leistungen ist, dürfte doch sehr fraglich sein. — Nach der neuesten Verordnung des Reichsarbeits-Ministeriums ist die Kündigungsfrist und rechtsunfähig. Ohne vorheriges Benehmen mit dem Ausk. oder mit der Mehrzahl der Angestellten ist eine Kündigung durch den Arbeitgeber überhaupt nicht mehr möglich. Dies bezieht sich sogar mit rückwirkender Kraft auf solche Angestellte, denen schon zum 31. Mai 1919 gekündigt war. — Jedenfalls werden sich die von der Kündigung betroffenen Angestellten eine solche Handlungsweise nicht gefallen lassen. Daß die Angestellten der betreffenden Firma durchaus rechtliche und zufriedene Menschen sind, haben sie dadurch bewiesen, daß sie, trotz der ungenügenden Befoldung ihren Posten nicht verlassen haben. Es dürfte auch allgemein bekannt sein, daß die Gehälter der Angestellten dieser Firma mit den Gehältern der Angestellten in anderen Betrieben durchaus nicht im Einklang stehen. Unter den 7 Angestellten, denen gekündigt worden ist, befanden sich 5 Kriegsteilnehmer, die bis jetzt noch ohne Stellung sind, während bei der Firma noch 13 weibliche Personen im Büro beschäftigt werden, die vor dem Kriege zum größten Teil Dienstmädchen waren. Es ist nun das dritte mal, daß bei dieser Firma solche Massenkündigungen vorgenommen worden sind und das aus dem Grunde, weil sich die Angestellten, um ihre Lage zu verbessern, dem Deutschen Handlungsgehilfen-Verbande angeschlossen haben. — Auf die Weiterentwicklung dieser Sache ist man sehr gespannt.

Bekanntmachung.

Die Gebühren für das hahnamtliche An- und Abrollen der Eil- und Frachtkübel auf Bahnhof Friedrichshütte-Laasphe nach und von den Orten Laasphehütte, Herbertshausen, Vanse, Bernshausen, Hesselbach, Fischelbach und Grube Sonderbach sind neu festgesetzt worden und aus der Gebührenordnung zu ersehen, die der Begleiter des Fuhrwerks bei sich zu führen hat. Weitere Auskunft erteilt auf Verlangen die Güterabfertigung Friedrichshütte-Laasphe.

Altena (R. H.), 17. Juli 1919

Eisenbahnverkehrsamt.

Neu! Flüssiges Silber. Neu!

Alle versilberten Gegenstände und Geschäfte sind alle vier Wochen mit flüssigem Silber zu polieren und erscheinen die Sachen stets wie neu. Der Niederschlag, welcher sich beim Polieren auf dem Metall bildet, ist garantiert reines Silber. Preis pro Flasche Mk. 3.75 zuzüglich Porto und Verpackung. Nachnahmelieferung.

Dr. P. Zimmermann, Siegen, Waldstr. 14.

Elektrizitätswerk Grundebrück.

Wegen Reparatur der Anlage kann in den nächsten Tagen von nachts 12 bis morgens 7 Uhr kein Strom abgegeben werden.

Ohne Marken.

Allerfeinstes amerikanisches Schweineschmalz, 1 P und Mk. 10.85, leicht schmelzende amerik. Milchschokolade, 1/2 P und 8.95 Mk. und 1/2 P und 9.85 Mk., la. markenfreie Marmelade, preiswert, echter Kath'reiner Malzkaffee, gebrannte Kerne, Haferflocken, Reis, Toilette- u. Kernseife sehr billig, ebenso 25 % fetthaltige R. A.-Seife, neueste Ausgabe und stark schäumend, sowie frisches Gemüse, Salatgurken, Blumenkohl, dicke grüne Bohnen usw. stets frisch eintreffend.

Delikatessenhaus Gustav Bielefeld, Biedenlopf, Telefon 53. Verkaufe einen Benzol-Motor, 10 P.S., wie neu, liegendes Mühlenwert für zwei Gänge, passende Ueberleitung für Wasserrad p. 3.50-4.00 m Durchmesser. W. Sahmannshausen, Rüppershausen bei Freudingen.

Ein noch gut erhaltener Wagenkasten mit Zugachse, sowie eine Windmühle zur Fruchtreinigung stehen zum Verkauf. Grundebrückes Mahlmühle.

Butter-Ausgabe

in der Butterfäbrik am Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags von 2 Uhr ab. Laasphe, den 22. Juli 1919. Der Bürgermeister.

Tüchtiges, ehrliches Mädchen

in kleinen Haushalt bei gutem Lohn für sofort oder 1. August gesucht. Frau G. Gaherbaum, Kreuztal, Ar. Siegen, Bismarckstraße 22.

Wegen Verbeiratung des jetzigen tüchtiges

Mädchen

für alle Hausarbeit zum 15. August oder später gesucht. Frau Emil Gernert, Siegen, Bahnhofstr. 10.

Sensenwegsteine,

natürliche u. künstliche, empfehlen Nellen Dahl & Co., Raumland (Westf.).

Empfehle

Prima Möbellack Glanz- u. Mattlack Spirituslack Emaille-Weißlack Farben-Mischlack Lederlack Asphalt-Eisenlack Fußbodenlack in 1 kg Dosen hell u. dunkel Firnis-Ersatz Terpentin-Ersatz, wasserhell Siccativ Siccativ-Ersatz Delkitt Carbolineum,

friedensqualität, ferner sämtliche Trockenfarben Bronze und Bronzetinctur Ringpinsel Kluppenpinsel Schreibpinsel u. f. w. Wittg. Drogerie, Laasphe

Ihre Vermählung geben bekannt

Carl Bald

Otti Bald

geb. Lamprecht

Frankenberg (Eder), 19. Juli 1919.

Die am Sonntag den 20. Juli versammelten

**Schneidermeister der Stadt Laasphe,
der Aemter Banse und Erndtebrück**

gefallen sich ergebenst anzuzeigen, daß bis auf weiteres die
zu zahlenden **Anfertigungspreise** durch einstimmigen
Beschluss wie folgt festgesetzt sind:

Sackanzug	1. Klasse M.	80.—	2. Klasse M.	70.—
Hosanzug	1. " "	90.—	2. " "	85.—
Schrockanzug	1. " "	105.—	2. " "	95.—
Winterpaletot	1. " "	70.—	2. " "	60.—
Sommer	1. " "	65.—	2. " "	60.—
Hose	1. " "	19.—	2. " "	16.—
Weste	1. " "	17.—	2. " "	14.—

Stundenlohn für Reparatur und Änderungen
einschließlich Nähmaterial M. 1.80

Wenden 20% Zuschlag.

Arbeiterkleidung wird nach Stundenlohn berechnet.

Extraarbeiten werden besonders berechnet.

Bei **Stofflieferung** seitens der Kundschaft

vom 1. Oktober cr. ab 25% Zuschlag.

Die Preise verstehen sich gegen sofortige Bezahlung.

Rein Netto.

Laasphe, 21. Juli 1919.

Die Schneidermeister.

Schwarze Brautkleiderstoffe

in Wolle, Halbwolle und Seide

empfiehlt

Tillmann Schmitt,

Inh. Heinr. Schmitt,

Hilchenbach.

**Kleehen, Wiesenheu,
Getreidestroh**

liefert lose und drahtgepreßt

**Bernh. Jackmann, Häckelschneiderei,
Dortmund. Telefon 605.**

Geldat

kein ist heute moralische Pflicht,
bringt persönliche Vorteile,
bereitet für spätere Zivilleben vor,
ermöglicht Ersparnisse.

Reichswehr-Instr.-Regt. Nr. 22

1. Batt. (früher Regt. 80) **Werbestelle** Weilburg,
Garnison Herborn.

2. Batt. (früher Regt. 81) **Werbestelle** Siegen,
Garnison Wehrh.

3. Batt. (früher Regt. 87, 88) **Werbestelle** Fulda,
Garnison Fulda.

Militär-Papiere, behördlich beglaubigte Führungs-
zeugnisse mitbringen.

Freiwillige meldet Euch

beim

Freikorps Hülsen

Siegen, Bahnhofstr. 2.

**Erndtebrücker Mahlmühle u. Dampf-
drescherei G. m. b. H.
Erndtebrück.**

Nach Beschluss der Generalversammlung vom 6. d. Mts.
ist unsere Gesellschaft aufgelöst und in Liquidation ge-
treten. Die Herren Ludwig Belg (Eder) und
Müller Wilhelm Belg sind zu Liquidatoren
ernannt. — Die Gläubiger der Gesellschaft werden auf-
gefordert, etwaige Ansprüche bei den vorgenannten Liqui-
datoren innerhalb 4 Wochen anzumelden.

Erndtebrück, den 21. Juli 1919

Erndtebrücker Mahlmühle i. Ligu.

Einen tüchtigen zuverlässigen

Fuhrmann

sucht auf sofort

Bald & Herling, Erndtebrück.

Mehrere erfahrene Schreiner

sucht bei gutem Lohn, Kost und Logis
im Hause,

Gustav Schweisfurth,

Siegen bei Kreuztal.

Elektrische Lichtanlagen

(auf Wunsch in Friederksausführung)

Moderne Beleuchtungskörper

**Elektr. Kraft-, Schwachstrom-
u. Blitzableiteranlagen**

**Instandsetzung elekt. Maschinen
und Apparate sachgemäß.**

Gebrüder Schröder

Laasphe, Bahnhofstr. 21.

Ia. Karbolineum (kein Eriak)

Ia. Keinölersak

auch in kleinen Mengen stets zu haben bei

Leo Rudolph

Siegen i. Westf., Hainweg 7.

Photograph. Apparate

aller Größen u. Preislagen, nur anerkannter Marken
in allergrößter Auswahl.

Photo-Zubehör wie Platten, Film, Photo-
chemikalien, Papiere u. Post-
karten. Beste Fabrikate.

„Ha-Es“-Platten 9x12 ultrarapid M. 9.25,
extrarapid M. 7.90,
orthochromatisch M. 9.25 p. Dk.

„Ha-Es“-Tages- u. Gaslichtpostkarten
100 St. M. 6.50, 1000 St. M. 60.—

H. Schmeck, Photohaus, Siegen

Bahnhofstr. 12 Fernr. 491.

Amerikanische

Fußball-Schuhe,

Fußball-Blasen und Hülsen,

Ia. Qualität, eingetroffen.

Walter Diercks, Dillenburg,

Telefon 63.

Lebensmittel.

Ab Donnerstag den 24. Juli kommen in den ein-
schlägigen Geschäften zum Verkauf:

1. auf die Lebensmittelmarke m (V)

250 Gramm Graupen zum Preise von 46 Pfg.
je Pfund,

2. auf die Lebensmittelmarke 8 (KS)

250 Gramm Graupen zum Preise von 46 Pfg.
je Pfund.

Die in einzelnen Geschäften noch liegenden Pudding-
pulver gebe ich hierdurch frei.

Verleburg, den 21. Juli 1919.

Der Landrat. J. B.: Hornung, Kreisdeputierter.

Lebensmittel.

Dem Kommunalverband sind eine größere Anzahl
Tonnen Getreide zugeteilt worden. Da der Abgang der
letzten Sendung zu wünschen läßt und um allen Weiter-
ungen aus dem Wege zu gehen, bitte ich die Kleinändler,
dem Einkaufsverein Wittgensteiner Lebensmittelhändler in
Verleburg bis zum 24. Juli anzugeben, wieviel Tonnen
sie sich abzunehmen verpflichten. Ich bitte den Termin
unbedingt einzuhalten.

Verleburg, den 19. Juli 1919.

Der Landrat. J. B.: Weber, Kreissekretär.

Am Freitag den 25. Juli d. J., nachm. 6 Uhr
findet auf dem Amtshaus eine

Sigung der Gemeindevertretung

von Erndtebrück statt.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Strompreises für Elektrizität,
2. U. bernahme des Elektrizitätspreises auf die Gemeinde,
3. Vergütung der Gemeindegutachten,
4. Empfang der zurückkehrenden Kriegsgefangenen.
5. Änderung der Luftverkehrssteuer-Ordnung,
6. U. bernahme der Beschaffung der Lehrmittel sämtlicher
Schüler auf die Gemeindefasse,
7. Verschickenes.

Erndtebrück, den 21. Juli 1919.

Der Amtmann: Roßler.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es öfter beobachtet worden, daß in der Nähe
des Bahnhofes von Kindern und auch von Erwachsenen durch Spielen
u. m. d. Zeichen oder Signale gegeben werden. Hierdurch werden
die Rangierer bei ihrem Dienste sowie auch die Reisenden in die
größte Lebensgefahr gesetzt.

Ich warne hiermit vor derartigen verbotswidrigen Handlungen
und bringe im Nachstehenden den § 315 des Reichs-Straf-Ge-
büches zur Kenntnis:

Wer vorsätzlich Eisenbahnanlagen, Beförderungsmittel oder
sonstiges Zubehör derselben beschädigt, oder auf der Fahr-
bahn durch falsche Zeichen oder Signale oder auf andere Weise
Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gesetzt
wird, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung verursacht
worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren und, wenn
der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht
unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

Erndtebrück, den 15. Juli 1919.

Di. Polizeiverwaltung: Roßler, Amtmann.

**Kultivatoren,
Wendepflüge,
Kartoffelhäufel-
Eggen, [pflüge,
Rübenschneider,
Häckselmaschinen,
Buttermaschinen,
Obstpressen**

dem Vorrat billigt abzugeben.

Ph. Wahl,

Weidenau-Sieg,

landwirtsch. Maschinen
und Reparaturwerkstätte.

Telephon 688 Amt Siegen.

**Schubriemen, Hosen-
träger, Haarbänder
(alle Farben), Bänder,
Knöpfe, Nähgarn, Summi-
band, Messer, Bürsten,
Kämme (prima Ware, Horn),
sämtliche Kurz-, Woll- und
Bürstenwaren zu Engros-
preisen.**

Aug. Backeshoff,

Siedentopf, Stadtgasse 30.

Fernruf 114.

— Lagerbesuch lohnend. —

Wo kann erholungsbedürft.

Großkodi-Beherfamille
(2 Erw. 2 Kinder) im August
einigen Landaufenthalt
nehmen? Große Umstände
werden nicht gemacht. An-
gebote m. Preis an G. Krieg,
Elberfeld, Charlottenstr. 7.

Nur für Wiederverkäufer!

**Konservengläser,
Einmachgläser,
Einkoch-Apparate,
sowie**

**Glas- und Porzellan-
auch Emaillewaren.**

Verlangen Sie Offerte!

**Albert Rosenthal,
Kassau (Sohn).**

**Biege, sehr gute, zu
suchen. Nähere Auskunft
durch die Geschäftsstelle der
Wittgensteiner Zeitung.**

Für Bäcker!

Michael Neffgen,

Backofenbaugeschäft

Königswinter a. Rhein

empfiehlt sich im Aufbau von
Königswinter Backöfen.

Jeder Herd aus zwei Steinen.

Alle Reparaturen
werden prompt ausgeführt.

Wer wandert mit?

Mehrere junge Freundinnen
von fröhlichem Gemüt suchen
die Bekanntschaft gleich-
gesinnter Herren zwecks ge-
meinschaftlichen Ausflügen
und Wanderungen. Wir
bitten Zuschriften in geschl.
Brief unter „Wanderlust“
an die Geschäftsstelle der
„Wittgensteiner Zeitung“
gelangen zu lassen.